

Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Die Verbreitung islamistischen Gedankenguts im Keim ersticken

Die Verbreitung islamistischen Gedankenguts muss im Keim erstickt werden, zumal deren verkörperte Werte, die Scharia, nicht mit unseren christlichen Grundwerten einer säkularen Rechtsordnung und schon gar nicht mit unserer Tradition einer freien Gesellschaft vereinbar sind.

Heute leben in unserem Land rund 430'000 Menschen, welche als Muslime registriert sind. Eine Mehrheit von ihnen besucht kaum je Moscheen, noch sind sie Mitglied eines dieser muslimischen Vereine, welche sie auch nicht repräsentieren. Diese schweigende Mehrheit der Muslime in unserem Land respektiert in der Regel auch unsere Rechtsordnung und hat nichts mit dem radikalen islamischen Gedankengut einer kleinen Minderheit unter ihnen am Hut.

Gleichzeitig stehen aber zurzeit rund hundert radikale, gewaltbereite Muslime unter Beobachtung des Nachrichtendienstes und in Schweizer Moscheen verbreiten radikale Imame ungehindert ihre Hassbotschaften. Das Beispiel des libyschen Imams, Sozialhilfe- und Asylbetrüger in Nidau, dürfte nur die Spitze des Eisberges sein. Jetzt ist höchste Zeit zu handeln und es sind rote Linien zu ziehen. Radikale Muslime und Imame haben nichts zu suchen in unserem Land, jegliche Verbreitung von radikalem Gedankengut ist konsequent zu stoppen.

Die SVP zeigt auf, was zur Bekämpfung des radikalen Islams unter anderem vordringlich zu tun ist.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Islamische Gebetshäuser, Organisationen und Institutionen, welche in irgendeiner Art und Weise die Verbreitung oder Vertretung des Islams oder von Muslimen fördern oder wahrnehmen, dürfen weder direkt noch indirekt aus dem Ausland finanziert werden
2. Moscheen in denen zu Gewalt aufgerufen wird, sollen überwacht werden und die Behörden haben bei jeglicher Verletzung der schweizerischen Rechtsordnung einzuschreiten und diese gegebenenfalls zu schliessen
3. Sämtliche betroffenen und für die Sicherheit unserer Bevölkerung verantwortlichen Behörden auf Gemeindeebene der Stadt Bern müssen einen raschen und uneingeschränkten Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Erkennung, Identifizierung, Überwachung und Verfolgung von radikalen Islamisten aufbauen (Informationsaustausch)
4. Eine systematischere Überprüfung von Sozialhilfe-Dossiers von Islamisten, die durch radikale Äusserungen auffallen.

Zuständige Behörden auf allen Stufen sind direkt verantwortlich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Dabei steht die entschlossene Bekämpfung des radikalen Islams, die Ausschaffung radikalisierter Muslime und die rasche Anpassung sowie knallharte Durchsetzung unserer Rechtsordnung im Zentrum. Dies ist gerade auch im Interesse der Mehrheit der Muslime in unserem Land.

Bern, 30. November 2017

Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat

Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Ueli Jaisli, Roland Iseli, Erich Hess, Rudolf Friedli